

»Die griechische Linke hat Glück gehabt«

Über die Privatisierungsmaschine EU, die Regierungsverantwortung im Armenhaus Griechenland und eine List der Vernunft. Ein Gespräch mit Wolfgang Fritz Haug

Interview: Gitta Düperthal



»Spanien erhält am Geldmarkt praktisch kein Geld mehr« (Pamplona, März 2012)

Foto: AP

Wolfgang Fritz Haug ist Herausgeber der Zeitschrift Das Argument und Wissenschaftlicher Leiter des Berliner Instituts für kritische Theorie. Im März ist sein Buch »Hightech-Kapitalismus in der großen Krise« erschienen

Gibt der Euro den Geist auf?

Seit einigen Wochen geht am Finanzmarkt das Wort vom »Eurogeddon« um. Die US-Ökonomen Joseph Stiglitz und Paul Krugman warnen seit geraumer Zeit, die den schwächeren Euroländern von der Bundesrepublik aufgezwungene Sparpolitik werde den Untergang des Euro bringen. Unmittelbarer Anlaß der Untergangsstimmung waren die »Nullcoupons«, die die Bundesrepublik am Markt plazieren konnte. Sie konnte sich Geld auf zwei Jahre zu null Prozent Zinsen borgen, und das bei einer Inflation von um die zwei Prozent, also zu negativen Realzinsen. Am 5. Juni zahlte die Bundesrepublik für Zehnjahreskredite nur 1,21 Prozent – während Spanien, das kurz zuvor mehr als das Fünffache bezahlt hatte, am Geldmarkt praktisch kein Geld mehr erhielt, von Griechenland ganz zu schweigen.

Warum verleihen Anleger zu solchen Konditionen Geld?

Genau das ist die Frage. Sie rechnen mit Bankenpleiten oder dem Auseinanderbrechen der Euro-Zone. Derzeit flieht Kapital von Süd- nach Nordeuropa. Sollte die BRD sich mit stärkeren Nachbarn auf einen Euro-Nord zurückziehen, während Griechenland zur Drachme zurückkehren würde und Spanien zur Peseta, könnten die beim Bund geparkten Gelder gegen diese drastisch abgewerteten alt-neuen Nationalwährungen eingetauscht werden – mit enormem Gewinn in Form von Verlustvermeidung.

Wenn die Bundesregierung die Staatsverschuldung zum Problem erklärt, ist das also höchst rentabel?

Jedes Prozent Zins weniger spart ihr 20 Milliarden im Jahr. Das ist aber nicht entscheidend. Das Pfund, mit dem die BRD wuchert, ist ihre industrielle Basis. Im Gegensatz dazu haben etwa Großbritannien und die USA im Zeichen des Neoliberalismus eine regelrechte Entindustrialisierung durchgemacht. Seit 2001 haben die USA nach offiziellen Angaben über 50000 Fabriken und fünf Millionen Industriearbeitsplätze an Billiglohnländer verloren, von denen sie Waren und Dienstleistungen auf Pump bezogen.

Wie profitiert die BRD noch von der Krise?

Die BRD kann einem momentan noch wie eine Insel der Seligen vorkommen. Die meisten anderen Euroländer leiden unter Rezession und wachsender Massenarbeitslosigkeit, hierzulande brummt der Export, die Steuereinnahmen sprudeln. Das liegt auch daran, daß die deutsche Wirtschaft die der Nachbarländer zum Teil niederkonkurriert. Aus vielen Gründen, nicht zuletzt der unterschiedlichen Arbeitsproduktivität. In der deutschen Industrie sind die Lohnkosten bei vergleichbaren Produkten niedriger. Da wirkt die gemeinsame Währung für schwächere Euroländer wie eine Falle, während das deutsche Kapital profitiert.

Das liegt auch an der Konstruktion der EU?

Gewiß. Was passiert, wenn man unterschiedliche nationale Produktivitätsniveaus mit einer transnationalen Einheitswährung beglückt, zeigt die deutsche Wiedervereinigung. Die Produktivität der DDR-Wirtschaft wurde ihrerzeit auf die Hälfte der westdeutschen geschätzt. Mit der D-Mark war sie in kürzester Zeit am Boden. 20 Jahre davor war das noch die elftgrößte Wirtschaftsmacht des Globus gewesen. Lafontaine hat damals davor gewarnt. Ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten schätzt die seit 1990 erbrachten Transferleistungen der BRD in die neuen Bundesländer auf 1,5 Billionen Euro. Damit ist die dortige Produktivität auf 80 Prozent der westlichen gesteigert worden. Allerdings stagniert das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf noch bei 70 Prozent des westlichen. Die Studie schien so brisant, daß man sie unter Verschluß halten wollte.

In Europa wäre eine ähnliche Strukturpolitik nötig?

Etwas in der Art. Aber Europa ist gegen die Möglichkeit einer Transferunion vor allem als ein Europa des transnationalen Kapitals konstruiert worden, sprich: als Großmarkt mit schwachem politischem Überbau. Als vor zehn Jahren die gemeinsame Währung dazukam, schien das gutzugehen. Dann zeigte sich: Es war eine Schön-Wetter-Konstruktion, die in der Krise versagen mußte. Nicht nur sind unterschiedliche politische Systeme unters Dach einer gemeinsamen Währung geschlüpft, sondern das Gebilde ist so konstruiert, daß es als Ganzes nur im neoliberalen Sinn handlungsfähig ist, als Liberalisierungs- und Privatisierungsmaschine. Staatsfinanzen, Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben den Nationalstaaten überlassen, und die Abstimmungsmechanismen sind so ausgetüftelt, daß im Ernstfall keine Handlungsfähigkeit zustande kommt. Die Gemeinschaft ist in dieser Hinsicht zum Zustand einer Nicht-Gemeinschaft verurteilt.

Wo müssen die Linken mit ihrem Widerstand ansetzen, wie müssen Sie ihn gestalten?

Vor dieser Frage habe ich mich gefürchtet. Nehmen wir das Beispiel Griechenland: Wie ist dem finanziellen Zusammenbruch des Staates und einer am Boden liegenden, sowieso

schwach entwickelten Industrie Widerstand entgegenzusetzen? Eine florierende Wirtschaft zu bestreiken, ist viel leichter, aber wie soll man Arbeitslosigkeit bestreiken? Käme die Linke in dieser Situation an die Macht, könnte sie sich unversehens in der Rolle des Verwalters eines Armenhauses wiederfinden. So gesehen, hat die griechische Linke um Alexis Tsipras Glück gehabt, daß sie fast stärkste Kraft geworden, doch der Kelch an ihr vorübergegangen ist, die Regierungsmacht übernehmen zu müssen. Desto wichtiger ist ihre Rolle als Hauptkraft der Opposition. Als erstes wird sie dem Protest gegen die Einkommenssteuersenkung eine Stimme geben können, mit der die Konservativen die Reichen bedienen wollen.

Der ehemalige Chefökonom der Deutschen Bank, Norbert Walter, hat kürzlich im ZDF mit drohendem Unterton gesagt, jeder hierzulande müsse Angst um sein Sparguthaben haben, wenn Europa nicht gemeinsame Lösungen fände. Warum plädieren jetzt Marktradikale für die politische Einheit Europas?

Ich bin versucht, von einer List der Vernunft zu sprechen, wenn Strategen des transnationalen Kapitalismus begreifen, daß ein gemeinsamer Markt ohne gemeinsame Politik nicht zu halten und eine gemeinsame Politik ohne Demokratisierung nicht zu legitimieren ist. Die Ideen, sagt Marx, haben sich für gewöhnlich blamiert, wenn sie nicht mit den Interessen konform gingen. Jetzt haben wir auf europäischer Ebene ein Parlament, das kein richtiges Parlament, eine Regierung, die keine wirkliche Regierung ist, und die Wähler Europas sind so wenig europäische Wähler, wie die Parteien Europas europäische Parteien sind. Unter »Merkozy« sind die entscheidenden Beschlüsse abseits von Parlament und Kommission ausgehandelt worden. Das europäische Völkergemisch wurde nicht gefragt, die parlamentarische Demokratie ausgehöhlt. Dieses Demokratiekavuum nutzen Rechtspopulisten aller Art. Die Marktradikalen setzen derweil den Druck der Finanzmärkte gezielt ein, um alte neoliberalen Rechnungen zu präsentieren: Rückzug der Staaten aus der Daseinsfürsorge, Kippen sozialstaatlicher Errungenschaften, Auslieferung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Güter ans Kapital. Die spanische Rechtsregierung beseitigte in diesem Aufwasch selbst Frauenhäuser und setzte dazu an, das öffentliche Fernsehen finanziell auszutrocknen und unter Regierungsfuchtel zu bringen. Das politische Spiel beruht darauf, alles Unangenehme auf Europa zu schieben und das Volk dagegen aufzuhetzen. Gäbe es europäische Parteien, einen europäischen Wahlkampf und hätte das europäische Parlament wirklich zu entscheiden, dann müßte es Linke, Mitte und Rechte quer zu nationalen Grenzen geben. Hier ist die Linke gefragt, den transnationalen Kampf um soziale Demokratie und für die öffentlichen Güter in Europa zu führen.